

# Der Wiederaufbau des deutschen Kokereiwesens von 1945 bis 1953

Michael Farrenkopf

*„In den Kokereien werden die fetten Feinkohlen in einer Körnung von 0 bis 6 bzw. 10 mm bei einer angestrebten Feuchtigkeit von 8 % und einem Gasgehalt zwischen etwa 18 bis 30 % auf Koks und Kohlenwertstoffe verarbeitet. Der natürliche Sortenanfall der verkokbaren Rohkohle und deren Ausbringen in der Aufbereitung bestimmt die für die Kokereien einsatzfähigen Mengen sowie deren Asche- und Wassergehalt... Von insgesamt 9816 vorhandenen Koksöfen werden z. Z. 5214 Öfen = 53 % betrieben. Auf den untersuchten 12 Kokereien mit 1880 Öfen – einschließlich der niedersächsischen – arbeiten 1182 = 63% der Öfen.*

*Mit Rücksicht auf den Zustand der Koksöfen mußte die Betriebstemperatur herabgesetzt und die Garungszeit entsprechend von 17 bis 18 Stunden auf 20 bis 22 Stunden, d.h. um etwa ein Fünftel herabgesetzt werden, so daß ein Leistungsabfall von 20 % vorliegt. Diese Entwicklung bei den Batterien erklärt sich im wesentlichen aus den Kriegseinwirkungen – Erschütterungen, plötzliches Kaltwerden – sowie dem seit etwa 1937 bestehenden Mangel an hochwertigem feuerfestem Material. Die Ausbeute an flüchtigen Bestandteilen ist*

*infolge von Undichtigkeiten der Kammern zurückgegangen. Bei Einsatz von Kohlen mit etwa gleichen flüchtigen Bestandteilen schwankt das Koksausbringen zwischen 72 und 79 %“<sup>1</sup>.*

*Diese Lagebeurteilung des Kokereiwesens im Bereich der späteren Bundesrepublik Deutschland stammt aus einem Gutachten, das die Verwaltung für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Enquête-Ausschuß zur Untersuchung der wirtschaftlichen Lage des Kohlenbergbaus im Vereinigten Wirtschaftsgebiet im Sommer 1948 in Auftrag gegeben hatte. Hintergrund für die Bildung des Ausschusses war die im Juli 1948 seitens der Militärregierung angeordnete Kohlenpreiserhöhung gewesen. Erarbeitet wurde das Gutachten in der zweiten Jahreshälfte 1948, und seine Veröffentlichung erfolgte im März 1949.*

*In bezug auf die im folgenden darzustellende Reaktivierung des deutschen Kokereiwesens nach dem Zweiten Weltkrieg – die sich in drei zusammenhängende Phasen gliedern läßt<sup>2</sup> – steht es etwa in der Mitte des Zeitraumes, der aus heutiger Sicht eine eindrucksvolle Wiederaufbauleistung beinhaltet: In weniger als zehn Jahren gelang es, seit dem*

*Zusammenbruch der Kokserzeugung und der damit zusammenhängenden Gaswirtschaft im April 1945 bereits Ende 1952 den Stand der Vorkriegsproduktion zu erreichen. Die zweckgebundene, nüchterne Bestandsaufnahme des Gutachtens läßt dabei die unterschiedlichen Etappen dieses Prozesses nicht in aller Deutlichkeit erkennen – schließlich war es selbst „nur“ punktueller Ausweis der historischen Entwicklung.*

Durch Bombentreffer zerstörter Gasometer der Zentralkokerei Hansa, Dortmund, ca. 1944/45



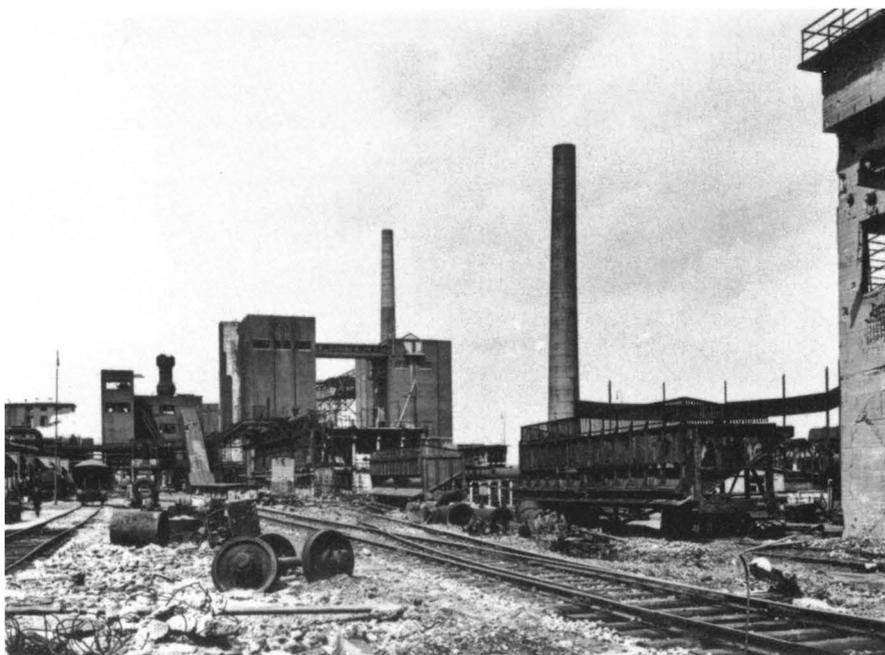
## Die erste Phase zwischen 1945 und 1946

Wenngleich der Betrieb der deutschen Zechenkokereien bereits seit dem Winter 1943/44 durch Luftangriffe der alliierten Streitkräfte behindert wurde, gelang es diesen dennoch, bis zum Herbst 1944 täglich etwa 100 000 t Koks zu erzeugen. Erst danach konnten derartige Höchstleistungen infolge des zunehmenden Bombenkrieges nicht mehr erbracht werden. Der Rückgang in den Produktionszahlen nahm zu Beginn des Jahres 1945 durch die immer stärker werdenden Luftangriffe zu. Bis Mitte April kamen schließlich alle Kokereien im Ruhrgebiet durch den Einzug der Belegschaftsmitglieder zum „Volkssturm“, die Anordnung der totalen Räumung oder in Verbindung mit der sich anschließenden Besetzung durch die Siegermächte vollständig zum Erliegen.

Das Ausmaß der Zerstörung läßt sich beispielhaft an der Kokerei Kaiserstuhl II in Dortmund beschreiben. Allein diese Anlage hatte ca. 300 Bombentreffer erlitten, so daß sich beim Einmarsch der amerikanischen Truppen folgendes Schadensbild ergab: Die Batterien 1 und 6 lagen vollständig still, und die Batterie 5 galt nach den Bombentreffern als nicht mehr reparaturfähig. Die Batterien 2 und 7 wiesen Treffer im Mittelblock und im Bereich der Maschinenfahrbahnen auf, die Batterie 3 zeigte Zerstörungen im Unterbau auf der Koksseite und am zugehörigen Abgaskamin.

Darüber hinaus waren auch die gesamten Anlagen der Kohlenvorbereitung und der Nebenproduktengewinnung in erheblichem Ausmaß in Mitleidenschaft gezogen worden. Hier waren z.B. die Kohlentürme der Batterien 1/2 sowie 3/4 mit sämtlichen maschinellen Einrichtungen fast vollständig zerstört und die Bandanlagen teilweise abgesackt. Sehr umfangreiche Gebäudeschäden hatten ferner die Ammoniak- und die Benzolfabrik zu beklagen. Schließlich waren das gesamte Kabelnetz der Kokerei unbrauchbar, die Hauptschaltanlage einschließlich der Trafos komplett vernichtet und die Bahngleise durch zahlreiche Bombentreffer so stark zerstört, daß der gesamte Transportverkehr auf der Anlage blockiert wurde<sup>3</sup>.

Richtet man den Blick auf die Gesamtheit der westdeutschen Zechenkokereien, so waren zu jener Zeit etwa 5570 Ofenkammern nahezu vollständig zerstört. Im Vergleich zu den am Beginn des Zweiten Weltkriegs vorhandenen und sich in gutem Zustand befindenden 12 315 Koksöfen, die sich auf 266 Bat-



Zentralkokerei Hansa, 1945

Zerstörte Ofenbatterie der Zentralkokerei Hansa, Dortmund 1945



terien in 89 Kokereien verteilt, entsprach diese Zahl ca. 45 %. Ein ähnliches Ausmaß ergab sich für die Gesamtheit der Kohlenwertstoff- sowie Ferngasanlagen und für die betriebsnotwendigen Einrichtungen wie Laboratorien, Büros und Unterkunftsräume für Angestellte und Arbeiter. Hatten im Jahr 1943 noch 51 Kokereien Gas an die Ruhrgas AG abgegeben, so waren Anfang 1945 nur noch drei Koksproduzenten als zeitweilige Gaslieferanten verblieben. Bei Kriegsende war das Rohrleitungsnetz dieser größten deutschen Ferngasgesellschaft durch ins-

gesamt 371 große Schadensstellen weitgehend außer Betrieb gesetzt<sup>4</sup>.

Der häufig als „Stunde Null“ bezeichnete Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches im Mai 1945 kann als der Beginn des Wiederaufbaus auch des Kokereiwesens bezeichnet werden<sup>5</sup>. Da eindeutig die Zechenkokereien dominierten, erfolgte er grundsätzlich im Rahmen der von den Besatzungsbehörden für die gesamte Bergbaubranche getroffenen Maßnahmen. Die Beschlagnahme der Zechen, die Enteignung der Produktionsanlagen



Neubau einer Koksofenbatterie auf der Kokerei Helene, Essen, Anfang der 1950er Jahre

und das Verbot der Gemeinschaftsorganisationen im Bergbau wirkten sich somit zwangsläufig auch auf die Wiederbetriebnahme der Kokereianlagen aus.

Nach der Besetzung war zunächst im Alliierten Hauptquartier die Rhine Coal Control gebildet worden, die das Ruhrgebiet für ihre Verwaltungszwecke in sechs Distrikte eingeteilt hatte. Bereits im Juli 1945 wurde die North German Coal Control (NGCC) etabliert, und am 1. Oktober errichteten die Besatzungsmächte die Versorgungszentrale des deutschen Bergbaus (German Mines Supplies Agency). An die Stelle des am 5. September des gleichen Jahres in Liquidation getretenen Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats (RWKS) trat zunächst die Ruhrkohlen-Centrale in Essen, die dann im Oktober 1946 in North German Coal Distribution Office (NGCDO) umbenannt wurde<sup>6</sup>. Für die Kokereien war in den kommenden Jahren von entscheidender Bedeutung, daß sowohl die geförderten Kohlen als auch der erzeugte Koks ausschließlich nach den Weisungen der Besatzungsbehörden verteilt und abgesetzt wurden. Ferner behielten sich diese eine bis in Details reichende Überwachung der finanzwirtschaftlichen Anordnungen vor.

Als weiteres, für die Kokereien besonders wichtiges Gremium wurde ebenfalls im Herbst 1945 das Coke Department als Unterabteilung der NGCC gegründet. 1946 brachte es den sog. Kontrollratsplan heraus, der in Verbindung mit dem

„CD-Verfahren“ Genehmigungen zur Wiederherstellung und Inbetriebnahme von Ofenbatterien und Kokereianlagen erleichtern sollte<sup>7</sup>. Das Coke Department forderte die Unternehmen der Kokereiwirtschaft auf, Konzepte für den Wiederaufbau der zerstörten Anlagen zu entwickeln. Vorrangig sollten dabei moderne und leistungsfähige Ferngaskokereien in Betracht kommen, bei denen möglichst kurze Transportwege für Kohle und Koks gegeben waren. Auch sollten die notwendigen Instandsetzungsarbeiten nur einen verhältnismäßig geringen Materialaufwand erfordern.

Dieses Konzept ließ sich jedoch zumindest in der Anfangsphase nicht im gedachten Maß verwirklichen, weil die Entscheidung über die Auswahl der Anlagen den jeweiligen Bergwerksgesellschaften überlassen blieb und damit auch kleine und veraltete Kokereien in das Aufbauprogramm einbezogen wurden<sup>8</sup>. Entscheidendes Kriterium für die Auswahl der vorrangig instandzuset-

zenden Batterien blieb zunächst die Voraussetzung, möglichst nahegelegene und intakte Fördermöglichkeiten der Kohle anzutreffen.

Überhaupt stand die erste Phase des Wiederaufbaus der Kokereien gänzlich unter dem Eindruck einer möglichst praktikablen Selbsthilfe bei geringsten Voraussetzungen an vorhandenem Material, finanziellen Ressourcen und einsatzfähigen Arbeitskräften. Zur Illustration der Verhältnisse sei nochmals exemplarisch die Situation der Kokerei Kaiserstuhl II geschildert.

Unmittelbar nach Besetzung der Anlage hatte hier die verbliebene Belegschaft im Rahmen einer freiwilligen Schutträumungsaktion mit den Wiederherstellungsarbeiten begonnen. Sie konzentrierten sich auf die Batterien 1 und 3, die sich wegen der Schadenslage mit dem vergleichsweise geringsten Aufwand instandsetzen ließen. Nachdem dann am 26. September 1945 auf Anordnung der Militärregierung sämtliche Tätigkeiten eingestellt und die komplette Belegschaft mit Ausnahme einer kleinen Notmannschaft entlassen worden waren, ordnete bereits im November 1945 die NGCC die Wiederherstellung der Batterie 3 an. Dank der Ableistung von Tag- und Nachtschichten und der Errichtung zahlreicher Provisorien konnte sie schon am 28. Dezember den Betrieb wiederaufnehmen, obwohl jegliche Materialzufuhr fehlte und große betriebliche Schwierigkeiten bestanden. Nur acht Wochen später erzeugte auch die Batterie 1 wieder Koks<sup>9</sup>.

Unter Berücksichtigung der schwierigen Ausgangslage war der bis Ende des Jahres 1946 erreichte Stand der gesamten Koksproduktion in den Westzonen beachtlich. Hatte man schon Ende 1945 täglich 14 300 t Koks (= ca. 15 % der ursprünglichen Höchstmenge) erzeugen können, stieg die kalendertägliche Koksherstellung nun auf rd. 28 000 t Koks an. Damit war etwa ein Drittel der ehemaligen Koksgewinnung erreicht. Bezieht man für den Monat September 1946 auch die Hüttenkokereien in die

Tab. 1: Betriebene Kokereien in der Britischen Besatzungszone 1945/46

	Ruhrgebiet (Zechen- kokereien)	Ruhrgebiet (Hütten- kokereien)	Übrige Britische Besatzungszone	Britische Besatzungszone (insgesamt)
vorhanden	80	4	12	96
01.10.1945 in Betrieb	28	1	2	31
30.09.1946 in Betrieb	40	3	5	48

Betrachtung ein, so ergibt sich für die in der britischen Besatzungszone betriebenen Kokereien ein beachtliches Bild (Tab. 1)<sup>10</sup>:

Keinesfalls weniger eindrucksvoll war auch die Aufbauleistung im Bereich des weitgehend zerstörten Leitungsnetzes der Ferngasversorgung. Nach Beseitigung eines großen Teils der Schäden ließen sich nun immerhin 1850 km des ursprünglich auf eine Gesamtlänge von 2100 km angewachsenen Verteilungsnetzes wieder in Betrieb nehmen.

## Die zweite Stufe bis zum Sommer 1948

Als Planungsziel für den von Anfang 1947 bis zur Währungsreform Ende Juni 1948 andauernden zweiten Abschnitt des Wiederaufbaus hatte das Coke Department eine Leistungssteigerung bis zu einer täglichen Erzeugung von 85 000 t Koks vorgesehen, was mehr als zwei Dritteln der ursprünglichen Tageshöchstmenge entsprochen hätte. Aber die reale Situation im Sommer 1948 zeigt, daß das ambitionierte Ziel nicht erfüllt werden konnte. Zwar standen bereits wieder 64 Kokereianlagen mit 120 Batterien und 5001 Koksöfen in Pro-

duktion, doch die tägliche Kokserzeugung belief sich auf lediglich 50 500 t Koks. Damit war etwa die Hälfte der ehemaligen Spitzenleistung erreicht. Die Diskrepanz zwischen geplanter und realisierter Produktionsmenge war auf verschiedene Gründe zurückzuführen.

Durch den mit dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ständig steigenden Energiebedarf machte sich der weltweit herrschende Kohlenmangel bemerkbar. Unabhängig vom Reaktivierungsgrad der Koksöfenbatterien begrenzte er die gewinnbare Koks menge schlicht durch den Umfang des zur Verfügung stehenden und für die Verkokung geeigneten Rohstoffes. Zum anderen kamen ofentechnische Probleme zum Tragen, die in der ersten Aufbauphase von geringerer Bedeutung waren. Eben diese Schwierigkeiten meinte das zitierte Gutachten der Verwaltung für Wirtschaft bzw. des Enquête-Ausschusses von 1948, wenn es darauf verwies, daß sich an den mittlerweile wieder produzierenden Ofenkammern Undichtigkeiten zeigten und kriegsbedingte Erschütterungen eine verminderte Fahrweise der Öfen erzwangen. Insofern war die bloße Zahl der reaktivierten Öfen allein keineswegs ein aussagekräftiger Leistungsindex.

Die zeittypischen Probleme lassen sich an der Kokerei Kaiserstuhl II erneut im

kleinen Maßstab zeigen: Wegen des allgemein herrschenden Kohlenmangels war man auf der dazugehörigen Zeche dazu übergegangen, auch die in Schachtnähe vorhandenen Kohlenvorräte abzubauen, und die Kohlen gewinnung konzentrierte sich u.a. auf den Bereich, an dessen Tagesoberfläche die Batterien 6 und 7 standen. Mit der Wiederherstellung dieser Öfen war offenbar um die Jahreswende 1946/47 begonnen worden, wobei die Arbeiten zunächst durch Hindernisse bei der Beschaffung feuerfester Steine und notwendiger Eisenteile erschwert wurden. Mitte 1948 trat dann ein zusätzliches Problem auf, weil der unter den Batterien vorgenommene Abbau Bergschäden an der Tagesoberfläche nach sich zog, die dann eine vorübergehende vollständige Unterbrechung der Reparaturarbeiten erzwangen. Erst im folgenden Mai konnten sie – jetzt allerdings mit gesteigertem Engagement – wiederaufgenommen werden, so daß der erste Koks aus diesen Öfen am 9. Januar 1950 „nach Überwindung unvorhersehbarer Schwierigkeiten“ gedrückt werden konnte<sup>11</sup>.

Für die erfolgreiche Fortsetzung des Wiederaufbaus der westdeutschen Kokereien erhielt die am 19. November 1947 geschaffene Organisation der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung (DKBL) unter dem Vorsitz ihres Gene-

Einsetzen der Türen an einer neuen Ofenbatterie der Kokerei Helene, Essen, Anfang der 1950er Jahre



	1938/39	1945/46	1947
Gruppe Dortmund	6,117	3,852	4,020
Gruppe Bochum	5,117	2,896	3,079
Gruppe Gelsenkirchen	9,126	3,636	5,294
Gruppe Hamborn	7,106	2,900	3,551
GBAG (gesamt)	6,869	3,352	3,873

Tab. 2: Schichtleistungen auf den Kokereien und Kohlenwertstoffanlagen der Gelsenkirchener Bergwerks-AG in t pro Mann von 1938/39 bis 1947

raldirektors Heinrich Kost maßgebliche Bedeutung. Zuvor hatten sich im Laufe des Jahres 1947 die Besatzungsmächte dazu entschlossen, einen Teil der Verantwortung für die Kohlenindustrie deutschen Stellen zu übertragen. Mit Gründung der DKBL wurde die NGCC aufgelöst, an ihre Stelle trat die UK/US Coal Control Group, die schließlich im Frühjahr 1949 mit Beteiligung der Franzosen in Combined Coal Control Group umbenannt wurde. Sie besaß als Treuhänder für das beschlagnahmte Bergwerksvermögen die Finanzhoheit im Bergbau, wodurch Höhe und Umfang der kohlenindustriellen Investitionen von ihrer Bewilligung abhingen. Ferner stand ihr ein Vetorecht gegenüber den Entscheidungen der DKBL zu, deren Kompetenzen damit auf eine vorwiegend technische Körperschaft mit lediglich geschäftsführender Verantwortung eingeschränkt waren<sup>12</sup>.

Gleichwohl gelang es den für das Kokereiwesen zuständigen Gremien der DKBL, eine größere Ordnung in die Ausnutzung der an Leistungsfähigkeit ständig zunehmenden Kokereibetriebe zu

bringen. Neben dem bereits 1912 unter der Bezeichnung Kokereikommission gegründeten Kokereiausschuß<sup>13</sup> erhielt hier der Planungsausschuß für Kokereien eine besondere Bedeutung. Zusätzlich arbeiteten nicht weniger als acht Unterausschüsse, die sich u.a. mit speziellen Fragen der Koksqualität, der Koksqualität sowie der Kohlenwertstoffgewinnung befaßten. Insgesamt leisteten diese Gremien einen wichtigen Beitrag dazu, daß die jeweiligen Koks-kohlenmengen effektiver auf die einzelnen Gesellschaften verteilt und deren Leistungspotentiale zum Vorteil aller besser ausgenutzt werden konnten<sup>14</sup>.

## Die Vollendung bis zum Jahreswechsel 1952/53

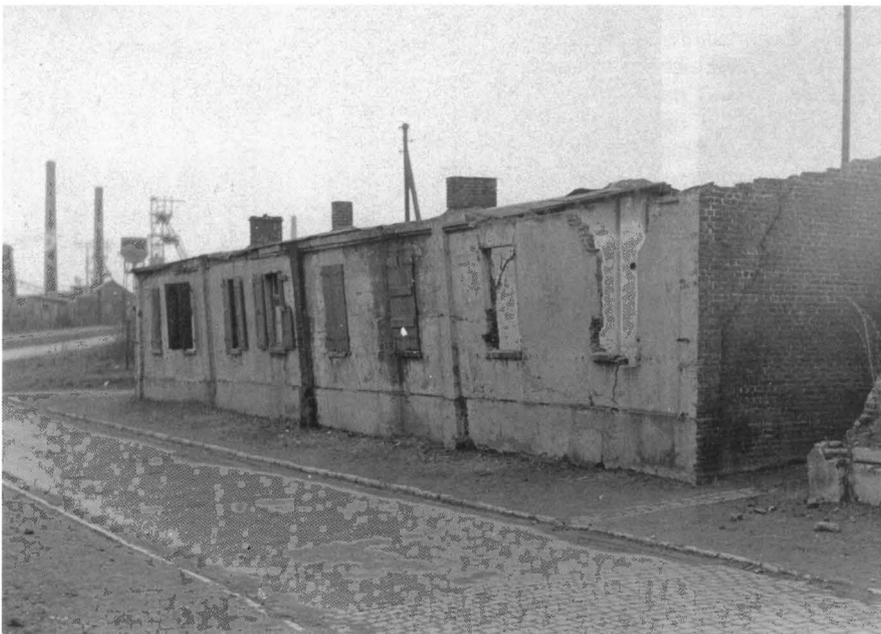
Seit dem Sommer 1948 veränderten sich mit der Währungsreform die Rahmenbedingungen für den Aufbau des Kokereisektors, indem stärker als zuvor ökonomische Gesichtspunkte für die Planung und Auswahl der zu betreiben-

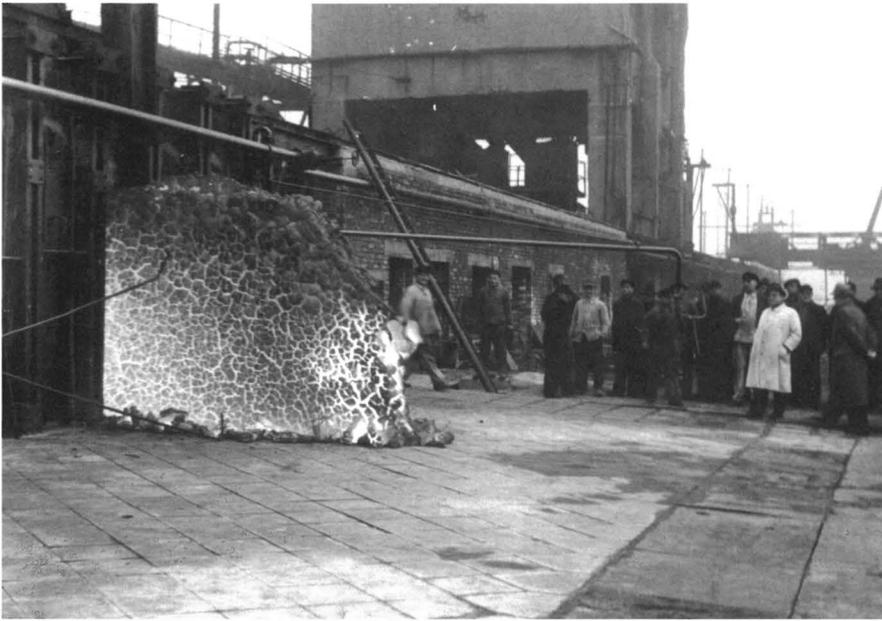
den Anlagen maßgeblich wurden. Außerdem verbesserten sich die Lebensbedingungen der auf den Kokereien beschäftigten Arbeiter langsam aber stetig, und auch diese Tatsache trug wesentlich zur Fortsetzung des Wiederaufbaus und zur weiteren Leistungssteigerung der Kokereien bei. Bisher hatte vor allem die allgemein schlechte Ernährungslage nachteilig auf das Arbeitspensum gewirkt, was im besonderen für die Kokereibelegschaften galt. 1947 hatte die Arbeitsleistung pro Mann und Schicht zwar den Stand von 1945/46 überschritten, doch sie lag noch deutlich unter dem Niveau des letzten Vorkriegsjahres (Tab. 2)<sup>15</sup>.

Zunächst aber verschlechterte sich durch zwei in dieser Phase angeordnete Kohlenpreiserhöhungen das Preisverhältnis zwischen Koks und Koks zuungunsten des Verkokungsproduktes. Außerdem sanken die Einnahmen der Kokereien, weil es im Interesse des weiteren Aufbaus der deutschen Eisenindustrie ferner galt, mehr Hochofenkoks und weniger Brechkoks zu erzeugen. Um einerseits die Erlössituation der Kokereien zu verbessern und andererseits die für den Verhüttungsprozeß notwendigen Qualitätsanforderungen an guten Hochofenkoks zu erfüllen, kam es im Frühjahr 1949 zum Abschluß eines „Qualitäts-Abkommens über Hochofenkoks“ zwischen der Bergbau- und der Eisenindustrie. Mit der Festlegung von Basiswerten für den Gehalt des Hochofenkokes an Wasser, Asche und Schwefel sowie einem Ausgleichssystem für die Unter- wie Überschreitung der Richtwerte sollte der Eisenindustrie wieder ein hochwertiger und vor allem in seiner Qualität gleichbleibender Koks zur Verfügung gestellt werden.

In einer von der DKBL am 8. April 1949 veröffentlichten Pressenotiz hieß es dazu: „Eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen ungestörten und wirtschaftlich optimalen Hochofenbetrieb bildet die Gleichmäßigkeit der Kokslieferungen, die bisher noch nicht wieder in vollem Umfange gewährleistet war. Da die Deckung der mengenmäßigen Anforderungen an Hochofenkoks für den Export und für den Inlandverbrauch z.Z. noch erhebliche Schwierigkeiten bereitet, müssen die deutschen Hüttenwerke z.T. noch Kokssorten für ihre Hochöfen beziehen, die normalerweise nicht als Hochofenkoks bezeichnet werden... In diesem Qualitäts-Abkommen ist erstmalig nach Beendigung des Krieges nach außen hin erkennbar geworden, daß auch die Schlüsselindustrien sich bemühen, den Qualitätsgedanken wieder in den Vordergrund zu rücken.“<sup>16</sup>

Teilweise zerstörte Wohnbaracke der Zeche Helene, Essen, ca. 1945/46





Drücken des ersten Kokes auf der Kokerei Helene, Essen, Anfang der 1950er Jahre

Wurden die Anforderungen der Vereinbarung erfüllt, sicherte dies den Kokereien in der Folgezeit nachhaltiger als zuvor einen entsprechenden Gewinn. Insofern erhielt das Abkommen sowohl im Sinne einer allgemein marktwirtschaftlichen Ausrichtung als auch bezüglich der Fortschritte im Wiederaufbau der Kokereianlagen eine besondere Bedeutung, obwohl damit zunächst nur die chemischen Eigenschaften des Kokes erfaßt wurden. Nicht festgelegt waren hingegen die für den Verhüttungsprozeß nicht minder wichtigen Fragen nach physikalischen Eigenschaften des Kokes – etwa dessen Festigkeit und seine Verbrennlichkeit, die erst in den späteren Jahren einer weiteren Klärung zugeführt werden<sup>17</sup>.

Nachdem sowjetrussisch beeinflusste Truppen Nordkoreas in südlicher Richtung vorgestoßen waren und die UNO ihre Mitglieder zur Hilfe für Südkorea aufgerufen hatte, stand die letzte Etappe beim Wiederaufbau der bundesdeut-

schen Kokereikapazitäten seit 1950 im Zeichen eines internationalen Kriegsschauplatzes. Im Rahmen des „Kalten Krieges“ kam es anschließend zu schweren militärischen Kämpfen, an denen die Weltmächte USA und UdSSR beteiligt waren und die erst im Jahr 1953 mit erfolgreichen Waffenstillstandsverhandlungen beendet werden konnten. Bei den für das bundesdeutsche Kokereiwesen zuständigen Besatzungsbehörden löste der Koreakrieg seit September 1950 eine bislang beispiellose Bewilligungsfreudigkeit gegenüber Anträgen zur Wiederherstellung bzw. Inbetriebnahme von Kokereianlagen aus.

Hatten bis zum Juni des Jahres sogar bis zu 1 Mio. t Koks auf Halde genommen werden müssen, reduzierten sich diese Mengen in den folgenden Monaten zusehends. Bereits im Dezember waren die Haldenbestände praktisch abgetragen. Als dann Anfang 1951 die Kokserzeugung endgültig freigegeben wurde, waren Aufträge zur Bereitstellung

von Ofenraum in einem solchen Ausmaß genehmigt worden, daß einzelne Zulieferindustrien in Schwierigkeiten gerieten. Schon im Frühjahr 1951 konnte die feuerfeste Industrie die erforderlichen Steine aus Mangel an Kohlen für die eigene Produktion nicht bereitstellen. Etwa seit Mitte des Jahres wurden die für den Wiederaufbau benötigten Walzwerkserzeugnisse knapp, so daß Anfang 1952 zusammen mit der Eisenindustrie eine „Sonderaktion“ für die Versorgung der Kokereien insbesondere mit Blechen eingeleitet werden mußte.

Letztlich ließen sich die vorübergehenden Engpässe jedoch meistern, so daß gerade in den Jahren 1951/52 planmäßig eine Kokerei nach der anderen instandgesetzt und in Betrieb genommen werden konnte. Gleiches galt für die Kohlenwertstoff- und Ferngasanlagen. Zum Jahresende 1952 betrug das tägliche Leistungsvermögen der westdeutschen Zechenkokereien wieder 100 000 t und lag damit bei annähernd vollständiger Ausnutzung wieder in etwa auf der Höhe der ehemaligen Spitzenwerte (vgl. Tab. 3)<sup>18</sup>.

## Der Wiederaufbau der Kokereiindustrie in Ostdeutschland

Im Unterschied zu den westlichen Besatzungszonen vollzog sich die Reaktivierung der Kokereikapazitäten in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) vor dem Hintergrund eines anderen Wirtschaftsverständnisses, spezieller Erwartungen der sowjetrussischen Besatzungsmacht sowie vollkommen unterschiedlicher Voraussetzungen in den Kohlengrundlagen<sup>19</sup>. So waren nach Kriegsende auf dem Gebiet der späteren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) nur 2,9 % der Steinkohlenförderung, 1,6 % der Roheisen- sowie 7,7 % der Rohstahlproduktion des Deutschen Reiches verblieben. Von diesem insgesamt nur geringen Anteil konnten dann 1946 aufgrund der Kriegseinwirkungen nur noch 43 % der Bruttoproduktion des Jahres 1936 erbracht werden. Angesichts von Demontagen, Entnahmen aus der laufenden Produktion und der Begleichung von Besatzungskosten ergab sich damit im Vergleich zu den westlichen Zonen für die SBZ eine wesentlich höhere Belastung.

Im Jahr 1945 bildete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) als oberste Instanzen der Wirtschaftszweige sog. Zentralverwaltungen,

Tab. 3: Leistungsvermögen, Erzeugung und Ausnutzungsgrad der Kokereien im Bereich der Bundesrepublik von 1945 bis 1952

Jahresende	Leistungsvermögen pro Tag (t)	Erzeugung pro Tag (t)	Ausnutzungsgrad (%)
1945	24 500	14 270	58,24
1946	34 000	28 460	83,71
1947	45 900	41 980	91,46
1948	64 300	60 710	94,42
1949	74 500	66 490	89,25
1950	83 000	75 860	91,40
1951	90 300	89 360	98,96
1952	100 000	99 050	99,05



Ziehen des ersten Förderwagens mit hochwertiger Kokskohle nach dem Krieg auf der Zeche Christian Levin, Essen, 1. Dezember 1954

die bis 1947 keine gesetzgebenden, sondern lediglich beratende und koordinierende Funktionen besaßen. Die wichtigsten Aufgaben der u.a. für die Kokereien zuständigen Zentralverwaltung für Brennstoffe und Energie lagen beispielsweise in der Beschaffung und Verteilung der Kohlen für die Kokereien und Gaswerke. Ferner war sie für die Materialbeschaffung zum Wiederaufbau der Anlagen, für die Lieferung flüssiger Treibstoffe an die Besatzungsmacht sowie für die Berichterstattung über die jeweiligen Planerfüllungen verantwortlich.

Als sich nach 1947 der Prozeß zur Etablierung einer zentralen Wirtschaftslenkung immer stärker durchsetzte, wurde zunächst aus den Zentralverwaltungen die Deutsche Wirtschaftskommission gebildet, deren Abteilung für Wirtschaftsfragen für die SBZ verbindliche und von der SMAD zu genehmigende Pläne aufstellte. 1950 entstand dann das Ministerium für Industrie, das später in Ministerium für Schwerindustrie umbenannt wurde. Seit 1965 gab es schließlich das Ministerium für Kohle und Energie, dem die sog. Vereinigungen Volkseigener Betriebe und späteren Kombinate unterstellt waren, zu denen bis zum Ende der DDR auch die Kokereien gehörten. Zwar war in dieser Zeit nominell der Ministerrat der DDR für die Entscheidungen der Wirtschaftspolitik verantwortlich, doch wurden diese grundsätzlich im Zentralkomitee der

SED ausgearbeitet und bis in das Detail bestimmt.

Relativ früh begannen in der SBZ die von der SMAD vorgesehenen Bestrebungen zur Schaffung einer eigenen metallurgischen Basis, die wiederum die ökonomische Eigenständigkeit der späteren DDR sichern sollte. Obwohl sich von Beginn an das Problem herausstellte, daß die Steinkohlengrundlage für eine entsprechend ausgerichtete Roheisenproduktion unzureichend war, wurden große Anstrengungen zur Wiederherstellung der ebenfalls von Kriegsschäden betroffenen Kokereistandorte auf Steinkohlenbasis unternommen. Im Kern handelte es sich hierbei um die Kokereien Schedewitz und Brückenberg in Zwickau, die Großgaserei Magdeburg, die Gaskokerei Leipzig sowie die Gaskokereien Berlin-Lichtenberg und Berlin-Dimitroffstraße (Danziger Straße). Mit welchem Engagement und Einsatzwillen auch im Osten Deutschlands in relativ kurzer Zeit der Betrieb erneuert werden konnte, zeigt ein etwas genauerer Blick auf die Kokerei Schedewitz in Zwickau.

Schon im Juli 1944 hatte man 20 Kammern der insgesamt 100 Öfen wegen Kohlenmangels außer Betrieb nehmen müssen, im April 1945 folgten die restlichen 80 Öfen, so daß die Kokerei Brückenberg die bisher geleistete Gasversorgung für die Stadt Zwickau übernehmen mußte. Als die Sowjetische Armee im Juli 1945 nach Zwickau ein-

rückte, erging dann relativ schnell die Anordnung zur Steigerung der Kohlenförderung aus dem nahegelegenen Vertrauensschacht und zur planmäßigen Inbetriebnahme der Kokerei bis zum Frühjahr 1946. Tatsächlich konnte schon im kommenden Sommer in 40 Öfen Koks erzeugt werden. Zuvor hatte das in der Regel eine geraume Zeit in Anspruch nehmende Anheizen stattgefunden, wobei in jede Kammer Anheizherde mit Nußkohle auf Stahlrostblechen eingesetzt worden waren. Sie erhitzen die Kammern bis zur Zündtemperatur von 600°C, anschließend wurde die Temperatur der Heizwände mittels Fremdgas auf 800°C gesteigert. Seitdem erfolgte der Besetzvorgang mit Kohle und eigener Gasentwicklung, die dann auch die Beheizung der Batterien übernahm. Zeitlich parallel dazu war die Kokerei in „volkseigenen“ Besitz überführt worden, wozu die SMAD im Oktober 1945 das Vermögen des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins als Eigner der Kokerei beschlagnahmt hatte. Im Januar war das landeseigene Unternehmen Sächsische Steinkohlenwerke GmbH gegründet worden, das dann im Juli in Volkseigentum überging.

Immerhin gelang es 1946, mit den bislang 40 betriebenen Öfen 25 000 t Koks im Jahr zu produzieren. In den Jahren 1947/48 steigerte sich der Jahresausstoß auf jeweils 80 000 t, und 1949 wurden 100 000 t erzeugt. Bis zum Oktober 1949 waren weitere 20 Öfen soweit in-

standgesetzt, daß sie ebenfalls in die Koksproduktion einbezogen werden konnten. Einen weiteren Baufortschritt erlebte die Kokerei Schedewitz schließlich 1952/53, da zum einen nochmals 20 der ursprünglichen Öfen wiederhergestellt wurden und zum anderen ein Neubau mit leistungsfähigen Hinselmann-Öfen an die Stelle der bereits 1944 stillgelegten Kammern trat. 1955 war mit 200 000 t Koks pro Jahr die alte Leistungskapazität wieder erreicht.

## Fazit

Aus heutiger Sicht erscheint es erstaunlich, in welchem relativ kurzem Zeitraum es im gesamten Deutschland nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges gelang, trotz der starken Zerstörungen das Kokereiwesen wieder aufzubauen, Anlagen instandzusetzen oder bisweilen sogar neue zu errichten. Gleichwohl vollzog sich die Entwicklung in beiden Teilen des Landes in unterschiedlichen Richtungen.

Für das Kokereiwesen in der Bundesrepublik war der eigentliche Wiederaufbau bis zum Jahr 1953 weitestgehend abgeschlossen, wobei auch Möglichkeiten zur Rationalisierung und Leistungssteigerung der Kokereien wie der Kohlenwertstoffanlagen genutzt wurden. Waren beispielsweise 1943 für eine tägliche Kokerzeugung von 100 000 t noch 11 510 Öfen erforderlich gewesen, so reichten 1953 hierfür 8330 Kammern aus. Die Leistung je betriebenem Ofen war damit von 8,5 auf 11,4 t bzw. um 34 % gestiegen. In technischer Hinsicht blieb das schon im 19. Jahrhundert entwickelte und vor Kriegsbeginn nahezu ausschließlich anzutreffende Horizontalkammer-Prinzip bestimmend. Von den weltweit führenden deutschen Kokereibauunternehmen Didier-Kogag-Hinselmann (DKH), Heinrich Koppers, Dr. C. Otto & Comp. sowie Carl Still standen um die Mitte der 1950er Jahre schrittweise optimierte Konstruktionen zur Verfügung, die in der Regel als Verbundbauweisen mit firmenspezifischen Detailunterschieden ausgeführt wurden<sup>20</sup>. Auch die für die Produktivität der Öfen wichtigen Kammerabmessungen entsprachen mit durchschnittlich etwa 13 m Länge, 4,0 bis 4,5 m Höhe sowie 450 bis 500 mm Breite noch weitgehend denen, die bereits in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre im Zuge der großen Rationalisierungswelle mit dem Bau von Zentralkokereien im Ruhrgebiet entwickelt worden waren<sup>21</sup>. Erst in den kommenden Jahrzehnten sollte sich der Trend zu größeren Kammerabmessun-

gen als sichtbarstes Kennzeichen der Prozeßinnovation allgemein durchsetzen, nicht zuletzt dank der umfangreichen Versuche, die von der Bergbau-Forschung GmbH in Essen durchgeführt wurden. Noch heute entspricht die Anfang der 1990er Jahre in Betrieb gegangene und im allgemeinen als modernste Anlage der Welt bezeichnete Kokerei Kaiserstuhl III in Dortmund dem klassischen Horizontalkammer-System.

Im Unterschied dazu war die Kokereindustrie in der DDR aufgrund der ungünstigen Lagerstättenvoraussetzungen für verkokungsfähige Steinkohle seit 1950 zur Entwicklung und Nutzung eines alternativen Verkokungsverfahrens gezwungen. Zwar unterschieden sich die Aufbaufortschritte bei den wenigen vorhandenen Steinkohlenkokereien nicht von den westdeutschen Leistungen, doch setzten bereits zu diesem frühen Zeitpunkt Bestrebungen ein, den für die Roheisengewinnung erforderlichen Koks aus Braunkohle herzustellen. Nachdem in Calbe ein Niederschachtofenwerk zur Verhüttung von eisenarmem und kiesel säurehaltigem Roteisenstein aus dem Harz errichtet worden war, nahm man in Lauchhammer den Bau einer ersten Braunkohlenkokerei auf. 1952 wurde dann das von Rammler und Bilkenroth entwickelte „Verfahren ... zur Erzeugung eines stückigen Hochtemperaturkokes von hoher Druck-, Abrieb- und Sturzfestigkeit aus Braunkohlenbriketts“ – das sog. BHT-Verfahren – patentiert. Es ist bis zur Stilllegung in den Jahren 1990 bzw. 1992 auf den Kokereien Lauchhammer bei Senftenberg sowie Schwarze Pumpe bei Spremberg großtechnisch angewendet worden.

## Anmerkungen

- 1 Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, erstattet durch Ministerialdirigent a.D. Heß, Oberbergat Dr. Heller, Wirtschaftsprüfer Dr. Deist, Essen 1949, S. 9 – 10. Für Anregungen und Hintergrundinformationen zum Thema möchte ich Dr. Evelyn Kroker, M.A., Bochum, und Dipl.-Ing. Wolf-Dieter Koßke, Dortmund, herzlich danken.
- 2 Generell vgl. Sassenhoff 1955.
- 3 Vgl. Pfeiffer, Heinrich: Aufbauarbeiten Kokerei Kaiserstuhl 1945 – heute, Dortmund 1950 (= ms. Bericht des ehemaligen Leiters des Technischen Büros der Kokerei Kaiserstuhl; heute im Besitz von Dipl.-Ing. Wolf-Dieter Koßke).
- 4 Vgl. Körting 1963, S. 562.
- 5 Zur Diskussion der zeitlichen Dimensionen des Begriffs „Stunde Null“ in bezug auf den Ruhrbergbau vgl. Farrenkopf 1996, bes. S. 63 f.
- 6 Vgl. Gebhardt 1957, S. 58 f.
- 7 Vgl. Sassenhoff 1955, S. 140.

- 8 Vgl. Bergbau-Archiv Bochum (fortan: BBA) 55/598.
- 9 Vgl. Pfeiffer (Anm. 3).
- 10 Vgl. BBA 55/598.
- 11 Vgl. Pfeiffer (Anm. 3).
- 12 Vgl. BBA 12/57 sowie Gebhardt 1957, S. 60-64.
- 13 Vgl. Krueger 1953.
- 14 Vgl. BBA 12/57.
- 15 Vgl. BBA 55/599.
- 16 BBA 12/264.
- 17 Vgl. Harten 1953.
- 18 Vgl. Sassenhoff (Anm. 2), S. 143.
- 19 Vgl. Dressel, Siegfried/Garstka, Johannes/Lange, Klaus/Preißer, Hans/Süß, Manfred: Die Kokereindustrie in Ostdeutschland von 1945 bis 1990. Eine Übersicht, Zwickau 1998 (= bislang unveröffentlichtes Aufsatzmanuskript, bestimmt für das gegenwärtig vom Deutschen Bergbau-Museum erarbeitete Buchprojekt „History of Cokemaking Technology“).
- 20 Als Übersicht zur Technik der in den 1950er Jahren gängigen Horizontalkammeröfen vgl. Ress 1957, S. 439-455 sowie Grosskinsky 1955, S. 152-224.
- 21 Vgl. Gapp, Janfried: Entwicklung der Verkokungstechnik in Deutschland nach 1950, dargestellt am Beispiel der Krupp-Koppers-Technologie, Essen 1998 (= bislang unveröffentlichtes Aufsatzmanuskript, bestimmt für das gegenwärtig vom Deutschen Bergbau-Museum erarbeitete Buchprojekt „History of Cokemaking Technology“).

## Bibliographie

- FARRENKOPF, Michael:  
1996 Die Überlieferung des Bergbaus im Zeitraum „Stunde Null“ am Beispiel ausgewählter Bestände des Bergbau-Archivs Bochum, in: Archiv und Wirtschaft 29, 1996, S. 62-69.
- GEBHARDT, Gerhard:  
1957 Ruhrbergbau. Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen, Essen 1957.
- GROSSKINSKY, Otto (Hrsg.):  
1955 Handbuch des Kokereiwesens, Bd.1, Düsseldorf 1955.
- HARTEN, Karl Peter:  
1953 Kohle und Eisen unter der Sicht der europäischen Integration, in: Glückauf 89, 1953, S. 327-332.
- KÖRTING, Johannes:  
1963 Geschichte der deutschen Gasindustrie, Essen 1963.
- KRUEGER, Hugo:  
1953 40 Jahre Kokereiausschuß, in: Stahl und Eisen 73, 1953, S. 389-394.
- RESS, Franz Michael:  
1957 Geschichte der Kokereitechnik, Essen 1957.
- SASSENHOFF, Karl:  
1955 Der Wiederaufbau der Kokereien im Bundesgebiet, in: Glückauf 91, 1955, S. 139-144.

## Anschrift des Verfassers:

Michael Farrenkopf, M.A.  
DMT-Deutsches Bergbau-Museum  
Am Bergbaumuseum 28  
D-44791 Bochum